



Von der Würde des Menschen in Zeiten der Quote

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, dieser erste Satz des Grundgesetzes begleitet uns seit Gründung der Bundesrepublik. Wenn sich am 23. Mai der Tag seines Inkrafttretens zum 60. Mal jährt, dann hat sich erwiesen, dass dieser Grundsatz allerdings nicht immer von allen als Basis für unser Zusammenleben respektiert wird. Besonders in Zeiten der massenmedialen Quotenjagd scheinen sowohl Macher als auch Teilnehmer und Publikum so mancher Fernsehshow oder Reportage den Begriff Würde sehr unterschiedlich auszulegen. Manches Mal fragt man sich, ob dies überhaupt ein Kriterium ist, über das die Beteiligten vor der Fertigung und Verbreitung nachgedacht haben. Und das gilt nicht nur für das immer wieder gescholtene privat-kommerzielle Fernsehen. Auch manche Boulevardzeitung legt offensichtlich häufig nicht den Maßstab an, der in einem Kommentar zum Grundgesetz nachzulesen ist: Aus diesem ersten Satz folge nämlich ein Mindeststandard an Respekt - auch vor dem Menschen, der sich durch seine Taten der tiefen Verachtung preisgibt. Die ebenfalls im Grundgesetz verankerte Presse- und Meinungsfreiheit entbindet eben die Medien nicht davon, abzuwägen, wo Information und Unterhaltung enden und wo unter Verletzung der Menschenwürde der Voyeurismus anfängt.

Aber da sind ja auch diejenigen, die sich aus freier Entscheidung der Häme und dem Spott des Publikums aussetzen. Ob Dschungelcamp, Seelen-Striptease-Talkshow, Schuldner-Serie oder Super-Nanny – der Beispiele sind viele. Aber dies macht eben auch einen Unterschied: Ob sich B-, C- oder Z-Promis aus Geldmangel und „Prominenzsucht“ in ihre intimsten Sphären gucken lassen oder ob Kinder einem breiten Publikum mit ihren Nöten und Ängsten preisgegeben werden. Gerade ist wieder eine neue Staffel der „Erziehungsshow“ gestartet, die untrennbar mit dem Begriff der „Stillen Treppe“ verbunden ist. Ein treffendes Synonym auch für die Situation der Kinder, die von ihren Erziehungsberechtigten an die Öffentlichkeit gezerrt werden. Die Kinder nämlich sitzen schon lange auf der „Stillen Treppe“, wo sie mit ihren Sorgen allein gelassen werden. Solange bis z.B. die „Super-Nanny“ in ihr Leben tritt, weil ihre Eltern, oft aus eigenem Unvermögen, sich und ihre Familie der Öffentlichkeit preisgeben. Das eine ist es, wenn Erwachsene aus freiem Willen die Grenzen ihrer Würde eher bodennah ansiedeln. Etwas anderes, wenn Kindern und Jugendlichen dies zugemutet wird.

Vielleicht ist es im 60. Jahr unserer Verfassung an der Zeit sich wieder auf die Grundsätze unserer Demokratie zu besinnen. Allein mit Verboten oder Rügen durch Landesmedienanstalten und Presserat ist es nicht getan. Gerade in Zeiten von Medienkrise und Quotenkampf sollte der Blick für Menschenwürde und Qualität nicht verloren gehen. Der gesellschaftliche Diskurs hierzu ist unerlässlich.

Michael Sommer

Themen:

Neuer Rundfunkbegriff	2
Neues IT-Gesetz	2
EU-Rundfunkmitteilung	3
Lokal-TV über Grenzen	4
BBC-Hilfe für Private?	4
NDR punktet am 1. Mai	4
HR-Etat geschrumpft	5
AOL: Kurz-Tagesschau	5
Ver.di zu dpa	6
FR/Darmstädter Echo	7
WAZ-Sozialplan	7
Journalismus/Internet	8
Personalien	8
Medienlinks	9
Lesetipps	9
Veranstaltungen	10
Impressum	11



Neuer Rundfunk-Begriff im 13. RÄStV gefordert

Der WDR-Rundfunkrat hat sich Anfang Mai dafür ausgesprochen, den Rundfunk-Begriff im 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄStV) neu zu definieren. Das Gremium verwies auf die EU-Richtlinie für audiovisuelle Medien (AVM-Richtlinie), die alle elektronischen Medienangebote unabhängig von ihrer technischen Verbreitungsart erfasst und auf die Meinungsrelevanz eines Angebots abhebt. Es sei dringend erforderlich, den inhaltsorientierten Ansatz der AVM-Richtlinie der Zielsetzung nach in deutsches Rundfunkrecht umzusetzen. Nicht die Art der Verbreitung eines audiovisuellen Dienstes zähle, sondern das inhaltliche, redaktionell zu verantwortende Angebot und die publizistische Wirkung, hieß es in einer einstimmig beschlossenen Stellungnahme.

Der Rundfunkrat unterstützt damit ARD, ZDF und DeutschlandRadio. Die öffentlich-rechtlichen Sender hatten schon im Vorfeld des 12. RÄStV "eine Neufassung des Rundfunkbegriffs, die allein auf die technische Frage der Linearität bzw. Nicht-Linearität abstellt, kritisch" beurteilt. Das Gremium will ausdrücklich auch die Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) unterstützen, die sich dafür ausgesprochen hatte, die AVM-Richtlinie im RÄStV umfassend umzusetzen. Keine Unterstützung finde dagegen der Wunsch der DLM, auch die Regelungen der AVM-Richtlinie zur Produktplatzierung in deutsches Recht zu übernehmen. Produktplatzierungen seien in Deutschland per Staatsvertrag auszuschließen. Verwiesen wurde auf Erklärungen und Selbstverpflichtungen der ARD, auf Produktplatzierungen in jedem Fall zu verzichten.

Die Bundesländer beraten derzeit über den 13. RÄStV. Mit ihm soll die AVM-Richtlinie bis Ende dieses Jahres in deutsches Recht umgesetzt werden. Die europäische Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste wurde von Europäischem Parlament und Europäischem Rat bereits im Dezember 2007 verabschiedet. Die Richtlinie ist als Mindeststandard für jeden EU-Mitgliedstaat verbindlich, überlässt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.

Stellungnahme als PDF:
<http://tinyurl.com/pw8ghe>

Entwurf für 13. RÄStV als PDF
<http://tinyurl.com/qe83fe>

Verbände gegen neues IT-Gesetz

Das Bündnis der Medienverbände und -unternehmen kritisiert den Regierungsentwurf zum so genannten Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in der Informationstechnik des Bundes (IT-Sicherheitsgesetz). Die darin enthaltenen Befugnisse zur Überwachung seien mit der von der Verfassung garantierten Presse- und Rundfunkfreiheit unvereinbar. Mindestens müsse der Schutz der beruflichen Kommunikation von Journalistinnen und Journalisten gewährleistet sein. Der Informantenschutz dürfe auf diesem Weg nicht ausgehöhlt werden. Das Bündnis appelliert deshalb an den Gesetzgeber, den Entwurf keinesfalls in der vorliegenden Form zu akzeptieren.

Nach dem bisherigen Entwurf soll es dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ermöglicht werden, sämtliche elektronische Kommunikation der Bundesbehörden mit Dritten auszuwerten. Da Ausnahmen nicht vorgesehen sind, sei auch die Kommunikation mit Journalisten betroffen. Der Gesetzentwurf umfasst die Nutzung von Internetseiten, E-Mails, Internet-Telefonie und anderen Formen der elektronischen Kommunikation. Das Bundesamt soll auch die von ihm verwendeten

Das Bündnis: Deutscher Journalisten-Verband, Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di, Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, Deutscher Presserat, Verband Privater Rundfunk und Telemedien, ARD und ZDF.

Das Bündnis hat sich wiederholt gegen Gesetze ausgesprochen, die die Freiheit der Berichterstattung einschränken.

personenbezogenen Daten an Strafverfolgungsbehörden übermitteln dürfen. Das soll dann möglich sein, wenn eine Straftat von erheblicher Bedeutung oder eine mit Hilfe von Telekommunikation begangene Straftat zu verfolgen ist.



WDR-Gremium: EU-Rundfunkmitteilung ändern

Der WDR-Rundfunkrat hat Änderungen an dem Entwurf für eine neue EU-Rundfunkmitteilung angemahnt. Darin will die EU-Kommission festlegen, wie sie die Vorschriften über staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Europa anwenden will. Die Notwendigkeit für eine umfassende Überarbeitung der Rundfunkmitteilung von 2001 sehe der Rundfunkrat nicht. Bei der deutschen Rundfunkgebühr handele es sich nicht um eine staatliche Beihilfe. Zwar habe die EU-Kommission den ersten Entwurf im Zuge des Konsultationsverfahrens an einigen Stellen erfreulicherweise geändert, an anderen Stellen seien aber weiterhin Klarstellungen erforderlich.

Positiv sei, dass der neue Entwurf der EU-Kommission in Bezug auf Erteilung und Definition des Programmauftrags "weniger Regelungsdichte" enthalte und damit "eher Rücksicht auf die kulturelle Eigenständigkeit und die besondere rechtliche Situation des jeweiligen Landes" nehme. Der Rundfunkrat unterstütze, dass die Definition des öffentlich-rechtlichen Auftrags unter die Kompetenz der Mitgliedstaaten falle. Begrüßt wurden einige neue Formulierungen, z.B., dass sich die Kommission nunmehr darauf beschränken wolle, die Definition des öffentlichen Auftrags lediglich auf "offensichtliche Fehler" zu überprüfen und Aufsicht und Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den Mitgliedstaaten unterschiedlich geregelt werden können. Auch der "akzentuierte Grundsatz der Technologieneutralität" wurde vom Rundfunkrat begrüßt.

Klarstellungsbedarf sieht das Gremium dagegen weiterhin hinsichtlich der Definition der Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Medienmarkt. Die EU-Kommission sieht die öffentlich-rechtlichen Sender nicht nur zum Privatfunk, sondern auch zu Zeitungsverlagen und übrigen Printmedien im Internet in einem Konkurrenzverhältnis. "Damit wird ein neues duales System im Bereich Telemedien konstruiert, dessen publizistische Auswirkungen auf europäischer aber auch auf nationaler Ebene überprüft werden sollten", meint der Rundfunkrat. Für klärungsbedürftig hält das Gremium u.a. auch Formulierungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Werbung, kommerziellen Gewinnspielen, Sponsoring und Merchandising beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Manche Formulierungen lassen darauf schließen, dass die Kommission den öffentlich-rechtlichen Systemen Sponsoring und Werbung generell untersagen wolle. Eine solche restriktive Maßnahme könnte zu einer nicht zu verantwortenden Einschränkung der Vielfalt führen. Denn mit einem Werbe- und Sponsoringverbot wäre der Ausschluss des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von Sportveranstaltungen verbunden, da deren Übertragung ohne Sponsoring nicht mehr möglich sei: Der WDR-Rundfunk wende sich entschieden gegen ein solches Ungleichgewicht im dualen System.

Stellungnahme als PDF:
<http://tinyurl.com/pudbkd>

Lokales TV geht in Bayern über die Grenze

Seit diesem Monat senden die fünf ostbayerischen lokalen bzw. regionalen Fernsehsender TV Oberfranken, Oberpfalz TV, TVA Regensburg, Donau TV und Tele Regional Passau über drei Jahre hinweg grenzüberschreitend auch ins tschechische Böhmen. Geplant sind jährlich 40 halbstündige Sendungen zu aktuellen Themen in der Grenzregion. Thematisiert werden Wirtschaft, Kultur, Jugend, Tourismus sowie alle gesellschaftsrelevanten Themen bis hin zu einem deutsch-tschechischen Sprachkurs. Jeweils 20 Minuten werden von den ostbayerischen Lokal sendern produziert, 10 Minuten von den tschechischen Sendern zugeliefert. Die Sendungen laufen in der Regel jeweils am Sonntagabend je nach Sender zwischen 18:15 Uhr und 21:30 Uhr. Sie können in beiden Ländern über 2,5 Mio. Zuschauer empfangen. In den Jahren zwischen 2004 und 2006 gab es bereits ein von der EU gefördertes Vorgängerprojekt.

Die Produktionen der baye-rischen Sender werden für drei Jahre von der Initiative mit mehr als 1,8 Mio. Euro gefördert. Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) zahlt jährlich 100.000 Euro. Auch die tschechischen Sender erhalten Mittel aus der EU. Projektträger sind die BLM und die gemeinnützige Gesellschaft Uhlava, die für das Gesamtprojekt verantwortlich ist.

Hilfe der BBC für lokale private Nachrichten?

In Großbritannien werden zurzeit Pläne der BBC diskutiert, lokale TV- und Radio-Stationen sowie Zeitungen bei ihren lokalen Nachrichten zu unterstützen. Dies berichtet die britische Zeitung „Guardian“, deren Verlag selbst davon betroffen ist. Konkret stehe eine Vereinbarung im Raum, die lokalen Medien den Zugang zu Inhalten, Ausbildung und Technologie der öffentlich-rechtlichen BBC ermöglichen soll. Auch in Großbritannien leiden die privaten Medienunternehmen zunehmend unter der Wirtschaftskrise. Derweil ist ein Streit darüber entbrannt, ob dem privaten Sender ITV ein Anteil an dem Gebührenaufkommen der BBC zur Verfügung gestellt werden soll, wie es die Aufsichtsbehörde Ofcom angeregt hatte. Auch ITV hatte kritisiert, dass die Pläne zur Unterstützung nicht ausreichten. Ein Sprecher des BBC-Trusts sprach sich gegen die Abführung von Gebührengeldern an die privat-kommerziellen Veranstalter aus. Dies hätte einen signifikanten Einfluss auf die Fähigkeit der BBC, hochqualitative Inhalte herzustellen und könnte die Unabhängigkeit des Senders gefährden. Die BBC zu schwächen, um andere Anbieter zu stärken, könne nicht im Sinne der Gebührenzahler sein.

Mehr Infos zum Thema:

<http://tinyurl.com/ct92l2>
<http://www.ofcom.org.uk/>
<http://www.bbc.co.uk/info/>

NDR Landesprogramme punkten am 1. Mai

Die Ausweitung der regionalen Berichterstattung im NDR Fernsehen am 1. Mai ist auf ein überdurchschnittliches Zuschauerinteresse gestoßen. Die Landesprogramme erreichten im Sendegebiet des NDR Fernsehens einen Marktanteil von 23,3 Prozent. In diesem Jahr wurden die vier Fernseh-Landesprogramme um 19.30 Uhr und das Magazin „DAS!“ um 18.45 Uhr erstmals auch am 1. Mai im Programm des NDR Fernsehens ausgestrahlt. In der Vergangenheit waren diese aktuellen Regelsendungen am Tag der Arbeit sowie an zwei weiteren Feiertagen ausgefallen.

„DAS!“ erreichte am 1. Mai 390.000 Zuschauer (Marktanteil 13,8 Prozent). NDR Intendant Lutz Marmor: „Unsere Investition in die Ausweitung der regionalen Berichterstattung am 1. Mai hat sich ausgezahlt. Unsere Zuschauerinnen und Zuschauer haben das zusätzliche Informationsangebot mit außergewöhnlichem Interesse aufgenommen. Dies bestätigt uns in der Entscheidung, auch an Christi Himmelfahrt und am 3. Oktober die aktuelle Regionalberichterstattung zur gewohnten Zeit zu bieten.“

HR muss 64 Millionen Euro bis 2012 einsparen

Die Gremien des Hessischen Rundfunks (hr) haben Anfang Mai das vom Intendanten vorgelegte Sparprogramm in Höhe von 64 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre genehmigt. Der Verwaltungsrat machte zur Auflage, dass bis zum Ende der Gebührenperiode 2012 ein Eigenkapital von mindestens 25 Millionen Euro vorhanden sein muss, um die Eigenständigkeit des hr als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt zu sichern. Dies teilte der Sender mit. Der Rundfunkrat habe sich der finanziellen Einsparvorgabe angeschlossen und den Konsolidierungsplan nach ausführlicher Diskussion zur Kenntnis genommen. Gründe für die Einsparungen sind unter anderem Gebührenauffälle durch die hohe Zahl von Geräteabmeldungen, Befreiungen und Forderungsausfälle sowie geringere Werbeerlöse und Finanzerträge als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Ein erheblicher Beitrag soll durch die Nichtbesetzung von Planstellen geleistet werden. Neben den seit 2004 bereits eingesparten 66 Planstellen sollen in den nächsten beiden Jahren noch einmal 24 Stellen nicht wiederbesetzt werden. Auch die laufenden Tarifverhandlungen für freie Mitarbeiter sollen weitere Einsparungen bringen. Von den 64 Millionen Euro Sparvolumen entfallen auf das hr-fernsehen 2,9 Millionen Euro. Gestrichen wird die Sendung „Koch was draus“. Die Mittel für unterhaltende Sendungen im hr-fernsehen werden gekürzt. Das „hessenjournal“ wird eingestellt. Statt des „hessenjournals“ wird es eine neue werktägliche 15-minütige Nachrichtensendung am späteren Abend geben. Die sechs hr-Hörfunkwellen werden insgesamt 4,1 Millionen Euro einsparen müssen. Ab 2010 wird der Betrieb der Mittelwelle komplett eingestellt. Damit entfallen dann auch die bisher auf der Mittelwelle gesendeten muttersprachlichen Sendungen in Spanisch und Griechisch. Kürzungen wird es auch im Programm von hr3 und YOU FM sowie im Kinderprogramm von hr2-kultur geben. Unterdessen hat der ver.di-Senderverband zu Solidaritätsaktionen für das Kinderprogramm aufgerufen.

Weiter Infos

<http://tinyurl.com/cetepy>

Soli-Mails an

kinderradio@hr-online.de

AOL bietet „Tagesschau in 100 Sekunden“

Die „Tagesschau in 100 Sekunden“ ist seit Ende April auf der AOL-Startseite verlinkt. AOL Deutschland und der für ARD-aktuell zuständige Norddeutsche Rundfunk haben eine entsprechende Zusammenarbeit vereinbart. AOL ist derzeit das einzige externe Portal, auf dem die „Tagesschau in 100 Sekunden“ gezeigt wird. Das Angebot steht werktags von 9 bis 21 Uhr zur Verfügung und wird stündlich aktualisiert. Am Wochenende werden zwischen 9 Uhr und 20 Uhr jeweils vier Sendungen

AOL ist eines der führenden Internetunternehmen in Europa und gehört mehrheitlich zum Verbund von Time Warner.
<http://nachrichten.aol.de/vid>
eo-news

angeboten. Bei der Tagesschau in 100 Sekunden handelt es sich um ein medienübergreifendes Video-Format, das bereits seit Juni 2007 im digitalen TV-Kanal EinsExtra, im Internet bei tagesschau.de und mobil im Tagesschau-WAP-Angebot sowie in den Portalen aller deutschen Mobilfunknetze zu sehen ist.



Zentralisierung sichert dpa-Zukunft nicht

Die Zentralisierung der Redaktionen der Deutschen Presseagentur (dpa) in Berlin wird nicht ausreichen, um die Zukunftsfähigkeit der größten deutschen Presseagentur langfristig zu sichern. Das meint die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). „Unabhängig von der Standortfrage müssen strukturelle Probleme gelöst werden“, sagte der für die dpa zuständige ver.di-Konzernbeauftragte Manfred Moos nach einer Sitzung des Konzernbetriebsrates der dpa in Hamburg Anfang Mai. Die Erwartung der Chefredaktion, alleine ein gemeinsamer Newsroom werde „zwangsläufig zu verändertem, multimedialen Bewusstsein“ führen, gehe an der Realität vorbei.

Das Ziel der dpa, führender Anbieter von multimedialen Informationsangeboten zu werden, könne nur von hoch motivierten Mitarbeitern erreicht werden. Moos forderte deshalb von der dpa, das Angebot des Konzernbetriebsrates zur Mitarbeit bei der Gestaltung der redaktionellen Tätigkeiten anzunehmen. Dabei müssten auch die Erfahrungen der Beschäftigten berücksichtigt werden. Viele von ihnen kritisierten schon seit langem mangelhafte Informations- und Kommunikationsstrukturen im Konzern. Ein weiteres Problem sei die in den vergangenen Jahren betriebene Ausgliederung von Geschäftsfeldern in eigenständige Tochterfirmen der dpa. „Es zeigt sich, dass damit auch Doppelstrukturen aufgebaut wurden, die nun wieder mühsam aufgelöst werden müssen.“ Auch dass gleiche Tätigkeiten in den verschiedenen Firmen unterschiedlich entlohnt werden, verärgere zunehmend die Beschäftigten. Bisher gibt es nur für die rund 700 Beschäftigten der Muttergesellschaft dpa Tarifverträge. Die mehr als 300 Beschäftigten der Tochterunternehmen arbeiteten meist zu schlechteren Konditionen.

Vermutlich noch vor der Sommerpause werden die Verhandlungen über einen Sozialplan beginnen. Die Ankündigungen von Geschäftsführung und Chefredaktion, man strebe eine „schlanke“ Organisation an, rieche nach Arbeitsplatzabbau, sagte Moos. Zwar gebe es die tarifvertragliche Zusicherung der dpa, bis mindestens Ende Mai 2011 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen. Beschäftigten, die aus persönlichen Gründen nicht von Hamburg oder Frankfurt nach Berlin umziehen können, sei damit aber nicht geholfen. Für sie müssten im Sozialplan akzeptable Lösungen gefunden werden. Ähnlich äußerte sich auch der Deutsche Journalisten-Verband (DJV). „Die Zentralisierung der Redaktionen in der Hauptstadt ist im Zeitalter der digitalen Vernetzung weder technisch noch journalistisch zwingend“, erklärte DJV-

Bundesvorsitzender Michael Konken. Er sehe die Gefahr, dass die dpa-Geschäftsführung den Umzug zum Abbau journalistischer Arbeitsplätze nutzen wolle. „Das wäre völlig inakzeptabel.“

ver.di fürchtet Verlust von Pressevielfalt in Hessen

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) lehnt die Anfang Mai 2009 bekannte Kooperation zwischen der „Frankfurter Rundschau“ (FR) und dem „Darmstädter Echo“ aus medien- und beschäftigungspolitischen Gründen ab. Der Verlag der FR will ab 1. Juli seine Lokalseiten für Darmstadt und Groß-Gerau von einer Tochtergesellschaft des Darmstädter Echo beziehen. „Die Berichterstattung kommt damit letztlich nur noch aus einer Hand. Dies bedeutet faktisch den Verlust von Pressevielfalt in Darmstadt und weiten Teilen Südhessens“, warnte ver.di-Fachbereichsleiter Manfred Moos in einer Mitteilung.

Die bisherige Darmstädter Regionalredaktion der FR soll nach den vorliegenden Informationen geschlossen werden. Die drei betroffenen fest angestellten Redakteurinnen und Redakteure können aufgrund einer Regelung im Haustarifvertrag zwar nicht gekündigt werden, sollen aber an anderen Standorten eingesetzt werden. Betroffen von der Schließung in Darmstadt sind aber auch mindestens sechs Leiharbeitnehmer und freie Mitarbeiter. „Wir fordern, dass auch diese Kolleginnen und Kollegen ein Angebot zur Weiterbeschäftigung erhalten“, erklärte ver.di. Die Gewerkschaft will prüfen, ob die Kooperationsvereinbarung gegen eine Regelung im Haustarif verstößt, wonach Ausgliederungen aus dem Druck- und Verlagshaus in dem die FR erscheint bis 2012 ausgeschlossen sind. Dies geschehe auch vor dem Hintergrund, dass die FR angekündigt habe, beide Zeitungshäuser wollten „weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit“ prüfen.

WAZ - Sozialplan unterschrieben

Der Sozialplan für die Beschäftigten von WAZ, WP, NRZ und WR ist Ende April von der WAZ-Mediengruppe unterschrieben worden, meldet der Gewerkschaftsblog zum Thema. Mit dem Sozialplan sei auch eine Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung unterzeichnet worden. Betriebsbedingte Kündigungen sind damit zwar immer noch nicht ausgeschlossen, werden aber nach Einschätzung der Betriebsräte unwahrscheinlicher, da jetzt auch noch der Jahrgang 1953 in die Altersteilzeit einbezogen werden kann. 240 Beschäftigte sollen bislang einen Vertrag unterzeichnet haben. Viele sind mit einem Aufhebungsvertrag aus den Redaktionen ausgeschieden, andere sind in Altersteilzeit gegangen oder haben ihre Arbeitszeit verkürzt.



Studie: Journalismus im Internet

Der Kern journalistischer Angebote im Internet sind im wesentlichen Online-Ableger traditioneller Massenmedien. 1242 Angebote prüften die Forscher eines DFG-Projekts auf Aktualität, Universalität, Periodizität, Publizität und Autonomie und stuften danach 503 Angebote als journalistisch ein. So zählen sie auch relativ viele Tageszeitungen dazu. Nur 23 Prozent davon waren reine Internetangebote. Ihre Vermutung, dass Blogger nur punktuell journalistische Leistungen erbringen, fanden die Forscher insofern bestätigt, als nur eine geringe Zahl relevanter Weblogs identifiziert wurde. Von 2006 bis 2008 beschäftigten sich die Forscher am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster mit der Frage, wie sich Journalismus und aktuelle Öffentlichkeit wandeln, wenn sich mit dem Internet die medialen Rahmenbedingungen ändern. Ihre Ergebnisse stellten sie in den Media Perspektiven 4/2009 vor.

Bei der Befragung der journalistischen Internet-Anbieter fanden die Forscher heraus, dass zwischen dem professionellen Journalismus und den partizipativen und technischen Angeboten weniger Konkurrenz bestehe, sondern sich diese vielmehr ergänzen. Wichtig geworden sein Weblogs, Nutzerplattformen und Suchmaschinen für die journalistische Recherche. Durch die wechselseitige Thematisierung und Kommentierung beeinflussten sich journalistisch-professionelle und partizipative Angebote. Viele Befragte hoben die Vorbildfunktion von Spiegel-online hervor.

Weiterlesen unter:

Christoph Neuberger/Christian Nuernbergk/Melanie Rischke, Journalismus im Internet: Zwischen Profession, Partizipation und Technik, Media Perspektiven 4/2009, S. 174-188

Volker Lilienthal wird Professor in Hamburg

Der verantwortliche Redakteur des Fachdienstes „epd medien“ in Frankfurt/Main, Dr. Volker Lilienthal (49), wird zum 1. Juli 2009 die Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für „Praxis des Qualitätsjournalismus“ am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg übernehmen. Lilienthal hatte bereits im Wintersemester 2007/2008 die neu eingerichtete Professur vertreten. Der Chefredakteur der epd-Zentralredaktion, Dr. Thomas Schiller, sagte, in den rund 20 Jahren beim Evangelischen Pressedienst habe er den Fachdienst epd medien entscheidend geprägt. „Der Name Volker Lilienthal steht für harte Recherche und hervorragende journalistische Umsetzung.“

Dr. Volker Lilienthal wurde am 24. April 1959 in Minden (Westfalen) geboren. Er studierte an der Universität Dortmund Journalistik. Nach dem Diplom promovierte er an der Universität Siegen im Fach Neuere Deutsche Literaturwissenschaft. Seit 1989 arbeitete er als Redakteur für den epd, seit 1997 als stellvertretender Ressortleiter von epd medien und ab 2005 als Verantwortlicher Redakteur für den renommierten Fachdienst. Lilienthal ist Träger zahlreicher journalistischer Auszeichnungen.

FES-Medienpolitik zukünftig ohne Beate Martin

Die bisherige Leiterin der Stabsstelle Medienpolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wird sich zukünftig wieder internationalen Aufgaben widmen. Sie geht für die FES nach Skopje/ Mazedonien. Beate Martin hatte in den vergangenen drei Jahren den medienpolitischen Bereich mit großem Engagement geleitet und damit die medienpolitische Debatte belebt. Die Nachfolge ist noch nicht geklärt, bis auf weiteres wird Werner Rechmann die Leitung übernehmen.

www.fes.de/medienpolitik

Links für Medienaktive

Stefan Niggemeier setzt Qualitätsmaßstäbe

Wer kluge Beiträge zum Thema Medien lesen möchte, der kommt ohne den Blog von Stefan Niggemeier nicht aus. Jüngster Beweis ist ein zwar ungewöhnlich langer, aber keineswegs langweiliger Beitrag des renommierten Medienjournalisten zum Thema „Qualität in den Medien“. In seinem „Wutmäander zur Qualitätsdebatte“ kritisiert er die häufig ebenso larmoyanten wie oberflächlichen Beiträge mancher „Qualitätsmedien“ zum Thema in höchst lesenswerter Weise. Niggemeier zu lesen macht in der Regel nicht nur klüger, sondern auch Spaß. Das gilt auch für seinen aktuellen Kommentar der neuen ARD-Vorabendserie „Eine für alle - Frauen können's besser“, der auch in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erschienen ist. Also: Unbedingt mal reinsurfen!

www.stefan-niggemeier.de/

Lesetipps für Medieninteressierte

Tatorte – Fotos für die Pressefreiheit

Im 15. Jahr ihres Bestehens in Deutschland veröffentlichen „Reporter ohne Grenzen“ den beeindruckenden Fotoband „Tatorte“ in der Reihe „Fotos für die Pressefreiheit“. Die internationale Vereinigung erhielt Mitte Mai die „Karlsmedaille“ für die Europäischen Medien. Sie setzt sich weltweit für Medien- und Meinungsfreiheit und den Schutz von Journalistinnen und Journalisten ein. Der Fotoband ist wirklich sehenswert und kostet 10 Euro, wer im Mai noch 3 Stück bestellt erhält diese für 20 Euro.

www.reporter-ohne-grenzen.de

Veranstaltungen

Deutsche Welle Global Media Forum
3. bis 5. Juni 2009
World Conference Center Bonn
Platz der Vereinten Nationen 2
53113 Bonn

Die Tagung widmet sich mit über 50 Einzelveranstaltungen vielen Themen rund um die Medien. So geht es u.a. um Medien in Afrika, Medienfreiheit sowie die Multimedia-Revolution und die traditionellen Medien. Erwartet werden 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Mehr Infos
www.dw-gmf.de

Tagung
„Wissen gegen Gewalt – Jugend braucht Medienkompetenz
Regeln gegen Missbrauch – Jugend braucht Medienschutz“
Freitag, 5. Juni 2009, 11.00 bis 16.00 Uhr
Niedersächsischer Landtag
Raum 122
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Veranstalter:
SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Mit ihrer Tagung will die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag einerseits einen Beitrag zur sachlichen und inhaltlichen Auseinandersetzung zum Themenfeld Medienkompetenz und Medienschutz leisten, andererseits Anregungen für landespolitische Initiativen und nachhaltige Politikgestaltung geben.
Teilnahme kostenlos.

Anmeldung und Infos:
Nicola von Graevemeyer
Tel. 0511 / 3030-4042
Fax. 0511 / 3030-4809
e-mail:
nico-la.vongraevemeyer@lt.niedersachsen.de
www.spd-landtag-nds.de

Internationale Fachtagung
Media Governance in Europe – Regulation, Participation, Co-Determination
Sonnabend, 20. Juni 2009, 10.00 bis 18.00 Uhr
Universität Hamburg, Flügelbau Ost, Edmund-Siemers-Allee 1,
20148 Hamburg
Veranstalter:
Arbeitsstelle Medien und Politik der Universität Hamburg und Hans-Böckler-Stiftung

Die Tagung soll eine Brücke von der Wissenschaft zur Praxis bauen, der Schwerpunkt liegt auf dem Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen zu Regulierung, Partizipation und Mitbestimmung in den Medien.
Zweisprachig: deutsch/englisch, Teilnahme kostenlos.

Programm und Anmeldung
unter
<http://tinyurl.com/c55rz6>

**Kongress
Medienforum NRW
22. bis 24. Juni 2009
Kölnmesse, Rheinparkhalle**

Unter anderem mit Diskussionen zu medienpolitischen Themen wie dem Drei-Stufen-Test, dem Rundfunkbegriff und der Mediendienste-Richtlinie. Dauerkarten kosten 280 Euro, Tageskarten jeweils 150 Euro

Infos und Anmeldung:
www.medienforum.nrw.de

**Tagung
Ver.di im Gespräch: Gremien im Test – Drei-Stufen zum Online-
Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Mittwoch, 24. Juni 2009, 12.00 bis 18.00 Uhr
Landesvertretung Saarland, In den Ministergärten 4, 10117 Berlin**

Veranstalter:
Ver.di, Landesmedienanstalt Saarland u. Mainzer Medieninstitut

Haben die Rundfunkgremien den Sachverstand, um die Drei-Stufen-Tests kompetent durchzuführen? Bietet das Verfahren eher Chancen oder sogar Gefahren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Diese Fragen sollen in der Veranstaltung thematisiert werden. Teilnahme kostenlos.

Infos und Anmeldung:
[anmeldung@mainzer-
medieninstitut.de](mailto:anmeldung@mainzer-medieninstitut.de)

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand,
Referat Medienpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2,
10178 Berlin.

Redaktion:
Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644
SabineNehls@aol.com

Der medien-newsletter
kann abonniert werden
über:
[www.dgb.de/mediennws
letter/](http://www.dgb.de/mediennws
letter/)